

EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

Zum Denken und Fühlen ..

Ich hatte die letzten Tage die Gelegenheit, mehrfach mit Mitgliedern einer englischen Familie zu telefonieren, mit der ich sehr eng und freundschaftlich verbunden bin. Alle, gleichgültig ob jung oder alt, werden für den Austritt Großbritanniens aus der EU stimmen, obwohl sie alle eher zur Conservative Party von David Cameron neigen. Die Begründungen kann ich gut nachvollziehen, ich stimme den Kritikpunkten voll und ganz zu. Allerdings ist für mich die Konsequenz nicht die eines Austritts, dafür ist die Idee einer europäischen Zusammenarbeit, und sei es auch nur in der Wirtschafts- und Außenpolitik, zu großartig. Die Konsequenz wäre für mich, die EU grundlegend zu sanieren. Ich fürchte, wir werden die Briten verlieren und dennoch keine Sanierung erhalten. Die Kommission und Brüsseler Bürokratie werden alle Schuld von sich weisen.

Der Kreisvorstand hat die Arbeitskreise Programmatik und Europa darin unterstützt, unseren Antrag "EU-Konsolidierung vor Erweiterung" erneut in den Landesparteitag einzubringen. Eine Diskussion im Landesfachausschuss Internationale Politik führte nicht zu der von uns erhofften Unterstützung. Wir versuchen es also erneut alleine. Ich freue mich . auch ganz persönlich . sehr über die Ermutigung des Kreisvorstands, hier nicht aufzugeben.

Zypern verlässt Rettungsprogramm

Am 31.03.2016 ist Zypern nach drei Jahren als viertes Land (nach Irland, Spanien und Portugal) ohne Inanspruchnahme weiterer Hilfen aus seinem Rettungsprogramm ausgestiegen. Damit ist Griechenland der letzte Mitgliedstaat in einem laufenden Anpassungsprogramm.

<http://www.esm.europa.eu/press/releases/cyprus-successfully-exits-esm-programme.htm>

Europäische Kommission

Kein EU-weiter Ausstieg aus der Kernenergie

Die von der EU-Kommission am 4. April veröffentlichte Mitteilung über das sogenannte Nuclear Illustrative Programme (PINIC) zeichnet ein Gesamtbild über den (<http://ec.europa.eu/transparency/regdoc/rep/1/2016/EN/1-2016-177-EN-F1-1.PDF>)

Lebenszyklus der Kernenergie in Europa: Er reicht von der Brennstoffherstellung hin zur Stilllegung und Entsorgung radioaktiver Abfälle.

Aktuell gibt es in 14 EU-Ländern 129 Kernkraftwerke mit einer Gesamterzeugungskapazität von 120 Gigawatt elektrisch (GWe) und einem durchschnittlichen Betriebsalter von 30 Jahren. Während Deutschland den Kernausstieg beschlossen und bereits drei Anlagen vollständig stillgelegt hat, planen derzeit zehn Länder den Bau neuer Kernkraftwerke. Großbritannien



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

hat jüngst einen Ausstieg aus der Kohle bis 2025 verkündet und plant, die entstehende Lücke vorrangig mit neuen Gas- und Kernkraftkapazitäten zu füllen.

Vor diesem Hintergrund misst die Kommission der Kernenergie in Europa auch in den nächsten Jahrzehnten eine große Bedeutung bei. Jedoch macht sie zugleich deutlich, dass die Mitgliedstaaten den weltweit höchsten Standards für technische Sicherheit, die Entsorgung von Abfällen und die Nichtverbreitung von Kernmaterial unterliegen. Derzeit hat die Kernenergie einen Anteil von rund 27 Prozent am europäischen Strommix. Um die Kernstromerzeugung über 2050 hinaus auf einem Niveau von 95 bis 105 GWe zu halten, wären in den nächsten 35 Jahren Investitionen in Höhe von 350 bis 450 Milliarden Euro in neue Anlagen nötig. Den Finanzbedarf für den sicheren Betrieb bestehender Anlagen beziffert die Kommission bis zum Jahr 2030 auf 45 bis 50 Milliarden Euro, die geschätzten Kosten für die Stilllegung von Kernkraftwerken und die Entsorgung radioaktiver Abfälle bis 2050 auf 253 Milliarden Euro.

Neben PINC hat die Kommission auch eine Empfehlung für die Anwendung von Artikel 103 des EURATOM-Vertrags vorgelegt (https://ec.europa.eu/energy/sites/ener/files/documents/1_EN_ACT_part1_v6_1.pdf). In Anlehnung an die neuen Richtlinien über nukleare Sicherheit und die sichere Entsorgung radioaktiver Abfälle gibt diese näheren Aufschluss über die Anforderungen an Kernenergieabkommen mit Drittländern.

Maßnahmen zur Unterstützung der Europäischen Stahlindustrie

Die Kommission hat am 16.03.2016 in der Mitteilung „Stahl: Erhaltung zukunftsfähiger Arbeitsplätze und nachhaltigen Wachstums in Europa“ Maßnahmen zur Unterstützung der europäischen Stahlindustrie angekündigt. Die Maßnahmen sollen die europäische Stahlindustrie bei der Bewältigung der großen wirtschaftlichen Herausforderungen unterstützen, welche insbesondere auf die weltweiten Überkapazitäten an Stahl zurückzuführen sind. Die Mitteilung enthält insgesamt fünf kurz- und langfristige Maßnahmen zum Schutz der europäischen Stahlindustrie. In der Mitteilung kündigte die Kommission erstens an, die europäische Stahlindustrie besser gegen unlautere Handelspraktiken schützen zu wollen. Dazu plant die Kommission die Einführung von Antidumpingmaßnahmen weiter zu beschleunigen, sowie zusätzliche Vorschläge zur Beschleunigung des gesamten Verfahrens und zur Steigerung der Effizienz des derzeitigen Systems. Zweitens will die Kommission daran arbeiten, die Ursachen der weltweiten Überkapazitäten zu bekämpfen. Drittens kündigte die Kommission Investitionen in zukunftsfähige Lösungen und Technologien für eine wettbewerbsfähige Industrie an. Auf EU-Ebene stünden dazu diverse Finanzmittel zur Verfügung. Die Kommission kündigte viertens an, Investitionen in die Ausbildung der Menschen zu tätigen, um die Stahlindustrie weiter zu modernisieren. In diesem Bereich will sich die Kommission mittels der bevorstehenden neuen Qualifikationsagenda um ein gemeinsames Engagement für Investitionen in



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

die Menschen und in ihre Fähigkeiten bemühen. Fünftens kündigte die Kommission an, gezielte Maßnahmen in den Bereichen Wettbewerb, Energie, Emissionshandel und Kreislaufwirtschaft zu ergreifen. Laut Kommission umfassen diese Maßnahmen sowohl die überarbeiteten Regeln für staatliche Beihilfen, als auch die vorgeschlagene Überarbeitung des EU-Systems für den Handel mit Emissionszertifikaten und die Politik der Kommission im Bereich des Klimawandels und der Kreislaufwirtschaft.

<http://ec.europa.eu/transparency/regdoc/rep/1/2016/DE/1-2016-155-DE-F1-1.PDF>

Vorschlag „Smart Borders“

Die Kommission hat am 06.04.2016 einen überarbeiteten Vorschlag des Pakets „intelligente Grenzen“/„Smart Borders“ vorgelegt. Zentraler Bestandteil ist die überarbeitete Verordnung für ein Einreise-/Ausreisensystem. Gelten soll dieses für alle Nicht-EU-Bürger, die für einen Kurzaufenthalt (höchstens 90 Tage in einem Zeitraum von 180 Tagen) in den Schengen-Raum einreisen dürfen. Dieses soll die Grenzkontrollverfahren zum einen vereinfachen, zum anderen aber auch gleichzeitig verstärken. Es soll das bisherige Abstempeln von Reisepässen ersetzen. Damit soll zukünftig gewährleistet werden, Überschreitungen der zulässigen Dauer bei Kurzaufenthalten schneller zu registrieren, Grenzkontrollen stärker zu automatisieren und nicht zuletzt Dokumenten- und Identitätsdiebstahl leichter aufzudecken. Der Verordnungsentwurf sieht nun vor, dass die Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten und Europol unter genau festgelegten Bedingungen Zu-

gang zum Einreise-/Ausreisensystem haben sollen. Die Kosten sollen 480 Mio. EUR betragen.

Zum erneuerten Paket „intelligente Grenzen“ gehört ebenso ein überarbeiteter Vorschlag für eine Verordnung zur Änderung des Schengener Grenzkodexes. Diese Änderungen beinhalten, dass Selbstbedienungssysteme und elektronische Gates („e-Gates“) für Drittstaatsangehörige eingerichtet werden, und ermöglichen damit die automatisierte Erledigung bestimmter Schritte des Kontrollverfahrens und die Einführung nationaler Registrierungsprogramme für Reisende durch Mitgliedstaaten, die solche Programme umsetzen möchten.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-1247_de.htm

Weitere Finanzhilfen für die Türkei

Die Kommission gab am 21.03.2016 bekannt, dass Griechenland im Zuge der Umsetzung des EU-Türkei-Abkommens zur Steuerung von Migrationsströmen weitere finanzielle Unterstützung zur Bewältigung der Migrationskrise erhalten wird. Laut Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker soll Griechenland für die ersten sechs Monate der Umsetzung des Abkommens weitere 280 Mio. „erhalten. Juncker unterstrich, dass die humanitäre Lage, z. B. in Idomeni, ein stärkeres finanzielles Engagement der EU erfordere. Die Kommission hat zudem weitere 30 Mio. „zur Unterstützung der griechischen Armee bewilligt, die für die Unterbringung der aktuell etwa 45.000 in Griechenland aufhältigen Migranten eingesetzt werden sollen. Damit erhöht sich die seit letztem Jahr geleistete finanzi-



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

elle Hilfe für Griechenland auf insgesamt 180 Mio. ". Innerhalb der nächsten drei Jahre plant die Kommission, insgesamt 700 Mio. " für humanitäre Hilfe zur Verfügung zu stellen, die vor allem an Griechenland ausgezahlt werden sollen

Beginn der Konsultation über Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit der Türkei

Am 16.03.2016 hat die Kommission eine bis 09.06.2016 laufende öffentliche Konsultation über die Zukunft der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und der Türkei eröffnet. Die Ergebnisse dienen zur Unterstützung der aktuell von der Kommission durchgeführten Folgenabschätzung einer möglichen Modernisierung der gemeinsamen Zollunion und bilateralen Handelsabkommen.

http://trade.ec.europa.eu/consultations/index.cfm?consult_id=198

Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Kosovo tritt in Kraft

Am 01.04.2016 trat das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) zwischen der EU und dem Kosovo in Kraft. Das Abkommen wurde zwischen Oktober 2013 und Mai 2014 ausgehandelt und im Oktober 2015 unterzeichnet. Das SAA nimmt eine wichtige Stellung bei der Festigung der Beziehungen der EU zu möglichen Beitrittsländern ein. Wesentliche Ziele des Abkommens sind die Errichtung einer Freihandelszone zwischen der EU und dem Kosovo, die Entwicklung einer funktionierenden Marktwirtschaft und die Sicherung der politischen Stabilität.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-1184_en.htm

Anhörung zur EU-Bürgerschaft

Am 15.03.2016 veranstaltete die Kommission in Zusammenarbeit mit den EP-Ausschüssen LIBE, PETI, AFCE, JURI eine öffentliche Anhörung zur EU-Bürgerschaft. Die Anhörung diente dem Zweck, Politikern, Experten und der Zivilgesellschaft die Möglichkeit zu geben, Vorschläge für eine erleichterte Umsetzung der Unionsbürgerrechte zu machen und ihre Vision für die Weiterentwicklung der Bürgerrechte darzustellen. Zwei im Vorfeld durchgeführte Umfragen, sowie eine öffentliche Konsultation haben generell positive Entwicklungen gezeigt. Allerdings sehen sich die Bürger oft bei der Ausübung ihrer Bürgerrechte im EU-Ausland durch administrative Hürden beschränkt. Oft sind sie sich auch nicht allen Bürgerrechten gleichermaßen bewusst. So ist beispielsweise das Recht auf Freizügigkeit wesentlich bekannter als das auf konsularischen Schutz. Die Redebeiträge im Laufe der Anhörung machten deutlich, dass vor allem bereits bestehendes Recht umgesetzt werden sollte. So müssten administrative Schranken abgebaut und die Koordination zwischen den Mitgliedstaaten verbessert werden. Im nächsten Schritt sollte es dann zu Reformen kommen, die die Beteiligung der Bürger an der Entscheidungsfindung der EU-Institutionen erleichtert. Vorgeschlagen wurden ein Ausbau von Online-Konsultationen, ein besserer Zugang zu Informationen und eine Wahlrechtsreform.



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

http://ec.europa.eu/justice/newsroom/citizen/news/160314_en.htm

Frontex

Grenzschutzagentur legt Risikoanalyse 2016 vor

Am 05.04.2016 legte die Grenzschutzagentur FRONTEX ihre jährliche Risikoanalyse für das 2016 vor. Demnach wurden im Jahr 2015 über 1,82 Mio. illegale Grenzübertritte in die EU von den Mitgliedstaaten gemeldet. Die Anzahl lag damit sechsmal so hoch wie im Vorjahr. Die größte Einzelzahl meldete Griechenland mit 885.400 irregulären Grenzübertritten auf die griechischen Inseln, von denen rund 90 % in der zweiten Jahreshälfte 2015 erfolgten. Syrer stellten dabei die größte Gruppe dar, gefolgt von Afghanen und Irakern. 764.000 Grenzübertritte wurden auf der Westbalkanroute zwischen Ungarn und Kroatien mit Serbien registriert. Demgegenüber sank die Anzahl von Flüchtlingen über die zentrale Mittelmeerroute gegenüber dem Vorjahr 2014 um ein Zehntel auf 154.000. Die Anzahl von Migranten aus Ost- und West-Afrika stieg dennoch um 42 % auf mehr als 108.000 an. Menschen aus Eritrea stellten die größte Einzelgruppe unter diesen Migranten dar. Durch den Einsatz von FRONTEX konnten 40 % der Bootsflüchtlinge über die zentrale Mittelmeerroute und 90 % in der Ägäis gerettet werden. Darüber hinaus stieg die Anzahl der Schmuggler auf mehr als 12.000, die überwiegend aus Marokko, Spanien, Albanien und Syrien stammten. Nicht zuletzt stieg die Anzahl von Asylsuchenden im

Jahr 2015 auf 1,35 Mio. Menschen. Die Mitgliedstaaten entschieden sich in 286.700 Fällen für eine Rückführung, wovon lediglich 175.200 tatsächlich vollzogen wurden. Unter den rückgeführten Migranten zählten Staatsangehörige aus Albanien mit 17 % zur größten Gruppe, gefolgt von Personen aus der Ukraine (8,6 %) und dem Kosovo (5,8 %). Die Risikoanalyse kommt zu dem Schluss, dass der anhaltend hohe Migrationsdruck, die Bedrohung durch Terroristen und die steigende Anzahl regulärer Grenzübertritte zu den größten Herausforderungen für die Zukunft zählen. Hieraus leitet die Analyse sieben Szenarien für die Entwicklung der EU ab, die von ihrem Zerfall bis hin zur Politik offener Grenzen reichen. <http://frontex.europa.eu/news/frontex-publishes-risk-analysis-for-2016-NQuBFv>

[http://frontex.europa.eu/assets/Publications/Risk Analysis/Annula Risk Analysis 2016.pdf](http://frontex.europa.eu/assets/Publications/Risk%20Analysis/Annula%20Risk%20Analysis%202016.pdf)

Eurostat

Arbeitslosenquote im Euroraum sinkt leicht
Im Februar ist die Arbeitslosenquote um 0,1 Prozentpunkte auf 10,3 Prozent gefallen, teilte die europäische Statistikbehörde Eurostat 4.4.16 in Luxemburg mit. In absoluten Zahlen fiel die Arbeitslosigkeit im Februar zum Vormonat um 39.000 auf 16,634 Millionen. Zum entsprechenden Vorjahresmonat verringerte sie sich um 1,303 Millionen. Dabei wurden in Deutschland mit 4,3 Prozent und in Malta mit 5,1 Prozent die niedrigsten Arbeitslosenquoten registriert. Die höchsten Arbeitslosenquoten des Eu



EUROPA

**Freie
Demokraten**
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

raums lagen in Griechenland bei 24,0 Prozent (Daten von Dezember 2015) und in Spanien bei 20,4 Prozent.

Haupthandelspartner USA (Ausfuhren) und China (Einfuhren)

Die am 31.03.2016 veröffentlichte Pressemitteilung von Eurostat weist die USA mit 619 Mrd. EUR (18% des gesamten Warenverkehrs der EU) und China mit 521 Mrd. (15%) als die zwei wichtigsten Handelspartner der EU aus. Es folgen mit deutlichem Abstand die Schweiz (253 Mrd. Euro bzw. 7%) und Russland (210 Mrd. bzw. 6%). Für fast alle Mitgliedstaaten war im Jahr 2015 der wichtigste Handelspartner bei Warenausfuhren ein anderer Mitgliedstaat der EU, wobei DEU das wichtigste Ausfuhrbestimmungsland ist. Für DEU, IRL und GBR ist dieses die USA.

<http://ec.europa.eu/eurostat/web/products-press-releases>

Auswahl und Redaktion:



Dagmar Weiner

Europabeauftragte FDP Kreis Offenbach-Land und OV Neu-Isenburg

Pappelweg 14, 63263 Neu-Isenburg
E-Mail: d.weiner@fdp-kreis-of.de

